

## Wie Freihandel Afrika verändert

Experten diskutieren in Bremen

**Bremen.** Der Elefant im Bürgerpark ist nur ein Hinweis auf Deutschlands koloniale Vergangenheit. Bremen habe eine lange Tradition im Handel mit afrikanischen Regionen – aber auch mit deren Ausbeutung und Kolonialisierung, sagt Ulrike Hiller, Staatsrätin Bremens für Entwicklungsarbeit. Nun stelle sich die Frage, wie es gelingen könne, auf Augenhöhe Chancen der Zusammenarbeit wahrzunehmen. Auf Initiative von Joachim Schuster (SPD), der für Bremen im Europäischen Parlament sitzt, versuchte eine Konferenz in der Hansestadt am Freitag Antworten auf diese Frage zu finden.

Anlass sind die Freihandelsabkommen (Economic Partnership Agreement, EPA), die die Europäische Union mit einigen Staaten Afrikas vereinbart hat und mit Ostafrika noch abschließen will. Diese EPAs sind jedoch umstritten. „Für viele afrikanische Staaten sind diese Abkommen eine neue Form des Kolonialismus“, sagt Schuster. Alle Abkommen seien bisher nur durch erheblichen Druck der EU zustande gekommen. Ihr Kern bestehe darin, dass die EU mehr als 80 Prozent ihrer Produkte in den Ländern absetzen könne, ohne Zölle zu bezahlen. Die Zölle seien aber eine Einnahmequelle für die Länder gewesen. Gleichzeitig seien die EU-Fördermittel für Entwicklung vor Ort nicht erhöht worden.

Schusters Gäste kamen unter anderem von der Hochschule Bremen, Nichtregierungsorganisationen wie Brot für die Welt, der Botschaft der Republik Namibias oder von Bremer Firmen, die in die Regionen investieren. Sie diskutierten in Workshops, wie sich die EPAs auf Landwirtschaft und Ernährung, auf Energieversorgung oder auf Arbeitsbedingungen auswirken.

Den Input der Workshops will Joachim Schuster mit nach Botswana nehmen. Dorthin fliegt er an diesem Sonnabend für vier Tage, um über die Abkommen zu sprechen. Es gehe ihm darum, die afrikanische Binnenwirtschaft und die regionale Zusammenarbeit zu stärken, außerdem die Wertschöpfungskette zu verlängern, sagt er. „Es muss möglich sein, dass wir Kakao, den wir aus Afrika bekommen, auch dort weiter zu Schokolade zu verarbeiten, nicht nur in Bremen.“ Gleichzeitig reist an diesem Sonnabend eine EU-Delegation ins ostafrikanische Tansania, um dort Überzeugungsarbeit zu leisten – denn einige Nachbarländer weigern sich, das Abkommen zu unterschreiben.